

Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsruher Kaffee!
 Max Thürmer, DRESDEN,
 Kaulbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

Größtes
Schuhlager
 Dresdens
 Sachs. Schuhmacherei
Voigt
 jetzt Altmarkt
 Loden und L. Stock

38. Jahrgang.
 Aufl. 56,000 Stüd.

Gegen Hitze
Drell-, Körper-, Lustre-, Cheviot-Saccos.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Dresden, 1893.

Wilh. Böhme, Scheffelstrasse 6.
 Größtes Lager sämmtlicher Neuheiten
 Paletot-, Rock-, Hosen- u. Anzug-Stoffen.

Atelier
 für feine
Corsets
 nach Masse, neueste Pariser, Brüsseler
 und Wiener Modells.
 Heinrich
 Planl,
 Dresden,
 Ballstr. 25.
 Fernspr.-A. 1. 107.

Zur Reise
 empfiehlt Reise-Koffer und Taschen mit und ohne Einrichtung, Reise-
 Necessaires, Reise-Apparate und Reise-Horsteck-Ätzen, Corrier- und Gürtel-
 Taschen, Pfandstempel etc.
Bernhard Bädiger,
 3 Wilsdruffer Strasse 3, nahe dem Altmarkt.

Interessanten, welche grösseren
 Fabrikbetrieben vorstehen, er-
 halten meine erscheinene, reich-
 illustrierte Broschüre über:
Arbeiterschutzgeräte u. Sicherheits-Schutzvorrichtungen in gewerb-
 l. u. Fabrik-
 betrieben
 gratis.
Carl Wendschuch, Kgl. Trompeterstr. 8.
 Hoff.

Dr. 159. Spiegel: Trügerische Ziele der Sozialdemokratie. Wählerwerbungen, Hochverrats-Prozess, Theaterbühnen, Obrmenther Tholpette, Donnerstag, 8. Juni.

Die trügerischen Ziele der Sozialdemokratie.

In den mehrtägigen Debatten, die sich vor wenigen Monaten im Reichstage während der Etatsberatung über den Zukunftsstaat entwickelten, sind mit schonungsloser Schärfe die Bestrebungen der Sozialdemokratie, ihr Ziel und ihre Wirklichkeit in ihrer ganzen Wichtigkeit und Verbindlichkeit enthüllt worden. Damals zeigte sich, was die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, vermögen, wenn sie in der Bekämpfung der Umsturzpartei einmütig zusammenstehen. Die Sozialdemokratie erfährt die verächtliche Niederlage. In patriotischer Uebereinstimmung wurden überaus viele von Conservern und Freisinnigen, von National-Liberalen und Ultramontanen sowohl die praktische Unausführbarkeit des sozialdemokratischen Programms wie die unheiligen Wirkungen des heftigsten, aufreizenden Treibens der Umstürzer dar- gelegt. In Erinnerung an diese schwere Niederlage und in dem Bewusstsein, daß sie völlig außer Stande ist, zu zeigen, wie die sozialistische Gesellschaft, der sozialistische Staat eigentlich beschaffen sein soll, sucht die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Wahlkampfe ihre Ziele zu verhüllen und die Aufmerksamkeit der Wähler von ihrem un sinnigen Zukunftsstaate abzulenken. Es erscheint daher gegenwärtig angebracht, auf die Reichstagsdebatten vom Februar d. J. zurückzukommen und in Kürze die damaligen Ausführungen der Besichter unserer staatslichen Ordnung wieder in's Gedächtnis zu rufen. An der Hand dieser Beweisführungen kann sich jeder Wähler vor Augen halten, welche Verwandtschaft es mit der Sozialdemokratie und ihren Zielen hat.

Die Auseinandersetzung, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaate aussehen würde, eröffnete am 3. Februar der Abg. Dr. Wabem. „Diese Frage“, sagte der ultramontane Redner, „ist schon häufiger hier im Reichstage debattirt worden, auch im Lande draussen ist sie viel besprochen worden. Heute hat der Herr Kollege Wabel den Standpunkt eingenommen, daß er sagt: Wären Sie, warum wir Ihnen unseren sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht ausmalen? — weil wir einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat gar nicht wollen.“ Früher hat der Abg. Wabel gesagt, daß es notwendig sei, für den Zeitpunkt, wo der große Massenwähler, etwa im Jahre 1898, kommen wird, einen Plan des Zukunftsstaates bereits vor der Aktion in allen Theilen durchgearbeitet und fertig zu haben; und nun, wo wir so unmittelbar vor diesem Ereignis stehen, kommt Herr Kollege Wabel und setzt uns auseinander: wir wollen gar keinen sozialdemokratischen Zukunftsstaat, der sich aus der Entwicklung von selbst ergeben und wenn er sich ergeben hat, werden wir ihn sehen, was wir machen. Kollege Wabem hat am 27. Oktober 1890 folgendes angeführt: Wenn die Arbeiter einst die Macht ergreifen, dann wird es ihnen ein Leichtes sein, zu befehlen: von morgen Mittags 12 Uhr ab sind alle Fabriken, Werkstätten, Bergwerke u. s. w. Eigentum des Staates, beziehungsweise der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Damit ist der sozialdemokratische Staat mit einem Schlag hergestellt. Es bedarf nur eines Tretes: von morgen Mittags 12 Uhr ab gehört aller Grund und Boden, gehören alle Fabriken, gehören alle Bergwerke der arbeitenden Bevölkerung — und dann haben wir den sozialdemokratischen Staat! Nun wohl! Dann haben wir den sozialdemokratischen Staat! Was dann aber weiter? Diese Ausführungen können Sie doch nicht der Pflicht übergeben, uns zu sagen, was nun der zweite Schritt sein wird, wenn Sie im Jahre 1898, melntwegen am 11. November, ein Tretet erlassen haben werden: von morgen Mittags 12 Uhr ab ist Alles in unseren Händen, und dann ist der sozialdemokratische Staat eingeführt. Wenn Sie also dieses Tretet erlassen haben werden, wird der Herr Kollege Wabel nicht mehr Inhaber seiner Fabrik sein, werden auch die anderen sozialdemokratischen Unternehmer nicht mehr Inhaber ihrer Fabrik sein; alle Bergwerksbesitzer, alle Grundbesitzer werden in der Lage sein, kein Eigentum mehr zu haben, nichts mehr zu sagen zu haben. Keiner ist ihnen mehr Gebotswort schuldig; es würde im Gegentheil gegen die sozialdemokratische Gleichberechtigung verstoßen, es würde das demokratische Prinzip, das ja, wie der Herr Kollege Wabel aus auseinandergelegt hat, der Grund der sozialdemokratischen Anschauungen ist, verletzen, wenn irgend wer in dem Augenblicke noch irgend eine Autorität anerkennt vor dem Augenblicke, noch irgend eine Autorität aner- kennen würde. Der Herr Kollege Wabem hat ja auf dem Hallsen-ten Parteitag ausgerufen: „Wir anerkennen keine Autorität im Himmel und auf der Erde!“ In dem Augenblicke, wo das Tretet erlassen worden ist, gibt es also keine Autorität für Sie mehr, wenigstens hier auf Erden; die himmlische Autorität bleibt, die können Sie ja nicht wegretzen! Hier auf Erden wird für Sie keine Autorität mehr sein! Und nun, bitte, Herr Kollege Wabel, setzen Sie auseinander, wie Sie es dann anfangen, um die Produktion, um die Distribution, um die genossenschaftliche Arbeit zu regeln und in die Fabriken zu vertheilen! In demselben Augen- blick werden alle Unternehmer ausüben zu überlegen und zu be- rechnen, werden alle Techniker aufhören zu zeichnen und vorzu- bereiten, werden alle Meister der Fabriken aufhören zu ordnen und zu regeln; denn sie haben nichts mehr zu sagen, sie haben keine Autorität, und wer ihre Autorität anerkennt, der verstößt gegen das Grundprinzip des sozialdemokratischen Staates. Es werden also zunächst für den Augenblick zwecklos alle Fabriken, alle Bergwerke, alle landwirtschaftlichen Betriebe still stehen. Nun, Herr Kollege Wabel, was thun Sie dann? Sie sind dann moralisch verantwortlich dafür, daß das Volk nicht verhungert! Herr Kollege Wabel, wenn Sie die Verantwortung gern überneh- men, nehme ich an, daß Sie sich bereits ganz klar gemacht haben,

was Sie dann thun, wie Sie es in Ihrem Buche: „Unser Ziel“ einande- rrichtet haben. Also, bitte heraus mit Ihrem Redewort! Sie werden vielleicht sagen: alsdann wird eine Wahl organisiert werden müssen, um die Leiter der Bergwerke, der Fabriken, der landwirtschaftlichen Betriebe durch freie Wahl der Arbeiter zu be- stellen. Ja, m. H., wenn nun diese Wahl, sagen wir z. B. zur Leitung eines landwirtschaftlichen Großbetriebes, auf den Herrn Kollegen Singer fällt? Kann nicht derselbe in der Lage sein, aus dem Lande so viel landwirtschaftlichen Maschinen, aus dem Fern- und bescheidene Bauer, der heute das Land auf Grund einer langen Erfahrung bebaute! Wird er das können? Oder der Herr Kollege Wabel will vielleicht zum Leiter einer Maschinenfabrik ge- wählt werden. Es wird ihm das ja ohne allen Zweifel unange- nehm sein; er erwartet, daß er zum Präsidenten der Republik gewählt wird. Aber das könnte ihm doch schief gehen; die Arbeiter- schar könnte anderer Ansicht sein, es könnte sein, daß sie einen Anderen hätte, der sich besser zu diesem Posten eignet. Also, bitte, Herr Kollege Wabel, ich nehme an, Sie werden zum Leiter einer Maschinenfabrik oder eines großen Bergwerks, das 3000 Ar- beiter beschäftigt, gemacht; was werden Sie dann thun? Sie werden ohne allen Zweifel den bisherigen Leiter, die bisherigen Techniker, die bisherigen Obersteiger und Steiger zu Schwestern herabsetzen. Es steht fest, daß unter irgend einer Konstellation Leute zur Leitung eines industriellen Betriebes, eines landwirth- schaftlichen Unternehmens berufen werden, die vorher in diesem Betriebe nicht beschäftigt waren. Was werden Sie denn machen, daß kein Betrieb stillsteht? Wenn Sie nichts machen, so wird das Bergwerk stillstehen, der landwirtschaftliche Betrieb wird halb so viel produziren als bisher. Und das angeführt der Tatsache, daß wir in unserem Deutschen Reich mehrere Millionen haben, die wir nicht ernähren können mit derjenigen Vorratskraft, die wir selbst produziren, für deren Ernährung wir angewiesen sind auf die Zufuhr von außen. Sie werden nicht leugnen können, daß, wenn Sie Ihr Tretet zur Einführung des sozialdemokratischen Staates erlassen haben, zunächst eine ganz gewaltige Desorganisa- tion unter ganzlichen Verhältnissen sich ergeben wird. Entweder werden alle Arbeiter, die bisher unangenehme Arbeiten verrichtet haben, in andere Gegenden gebracht — sie werden es wenigstens verlangen, daß man ihnen angenehme Arbeit gibt — und dann giebt es eine allgemeine Anarchie; oder aber sie führen es ein, daß dem Einzelnen keine Arbeit angewiesen wird, daß er gezwungen wird, die Arbeit und keine andere Arbeit an die Hände anderer zu übertragen; damit heben Sie dann die Freiheit auf, die freie Verfassung auf, und das ist die vollkommenste Anarchie, die je- mals gewesen ist. Wir erwarten von dem Arbeiter, daß er sich klar macht; kann er mit im sozialdemokratischen Zukunftsstaate besser leben als im jetzigen gesellschaftlichen Zustande? Darauf kommt Alles hinaus, und darum muß sich der Arbeiter diese Frage klar machen: habe ich es hier besser oder in irgend welchem Chi- mären Zukunftsstaate? Heute sind es schon Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, die die Frage zu Gunsten der Alter- nativen beantwortet; ich kann es nicht besser bekommen, und wenn der Staat unter der sozialdemokratischen Leitung eingeführt ist — wie es die Herren wollen — werden wir es ungemein schlechter haben. Selbst die jungen Arbeiter, die heute noch einen geringen Lohn haben, werden sich wohl überlegen, ob es für sie sicherer ist, mit uns den Weg zur Verbesserung ihrer Lage zu gehen oder den Sprung in's Nichts zu machen, und werden sich berufen, wenn wir ihnen die Gleichberechtigung und Verberblichkeit der sozialdemo- kratischen Pläne auseinanderlegen.“

„Wir lehnen“, sagte der Abg. Wabem in einer zweiten Rede gegen die Sozialdemokratie am 6. Februar, „die Lehre ab, daß es möglich sei, jemals vollständige Gleich-, Rechts- und Arbeitsgleich- heit unter allen Menschen herzustellen. Wir wollen die Gleich-, Rechts- und Arbeitsverhältnisse besser gestalten; wir wollen den Gegensatz zwischen Arm und Reich vermindern, verkleinern, abschwächen; aber wir sind sehr überzeugt: Niemals kann es gelingen, eine vollständige Gleichheit in den wesentlichen Lebensbedingungen in unserer deutschen Vaterlande herzustellen. Wir wollen auch eine solche Gleichheit nicht. Denn eine vollständige Gleichheit des Besitzes und Rechts würde unbedingt einen vollständigen Untergang unserer Kultur bedeuten; es wird niemals eine Kultur geben, die nur mit Menschen zu rechnen ist, die alle denselben Besitz und dieselben Rechte haben, weil es niemals Menschen geben wird, welche alle dieselben Fähigkeiten, dieselben Anlagen, dieselben Tugenden haben. Die allgemeine Gleichheit ist eine Irthum, und Sie werden nie nachweisen können, daß wir auf diesem Wege eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erreichen können. Wir lehnen daher Alles und Jedes ab, was zu einem Staate führen könnte ohne Autorität. Wir sind überzeugt, daß ohne Autorität nicht auszukommen ist, weder ohne staatliche Autorität, noch ohne kirchliche Autorität, weder ohne Autorität im Staat, noch in der Familie, noch in der Gemeinde. Alle diese Autoritäten werden zu- sammen arbeiten müssen am Werke der Bindung unserer wirth- schaftlichen Verhältnisse. Ein Staat, in dem keine Autorität ist, ein Staat oder eine Gesellschaftsordnung, welche sogar die Autorität verurteilt, weil sie sich einbildet, sie widerspreche dem Prinzip der Gleichberechtigung, das ist und bleibt nichts als ein Unsin.“

Reichstagswähler!
 Geht am 15. Juni den geraden Weg der
 Ehre! Wählt nur Männer, welche die Kraft und
 Macht des Reiches höher halten als den Partei-
 geist, und welche in der Militärvorlage den Weg
 erkennen, das Deutsche Reich vor einer möglichen
 Demüthigung zu bewahren!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Juni.

Berlin. Der Fürst von Waldak ist hier eingetroffen, um sich dem Kaiser und der Kaiserin nach seiner Thronbesteigung vor- zusetzen. — Der Ouss- und Hofmarschall Frhr. v. Lynders ist im Weg eingetroffen, um die Vorbereitungen zum Kaiserreich im September einzuleiten. — Der frühere Kultusminister, Oberpräsi- dent v. Goshler, hat sich auf einer Anspindelreise durch einen Doll eine sehr schmerzliche Sehnenverletzung am Hüfte zugezogen, die ihn einige Zeit an das Krankenlager fesseln wird. — Der Anspindel- teur der 3. Artilleriebrigade, Oberst Kulkowski, erhielt das Comthurkreuz 2. Klasse des Königl. sächsischen Albrechtsordens. — Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Die offiziellen Blätter, die „Nordd. Nachr.“ und die „Prell. Ztg.“ vertreten in längerer, fast gleichzeitiger erschienenen Leitartikeln die Anschauung, daß die Ne- gierung zwar formell berechtigt sei, den Reichstag im Falle einer abermaligen Verwerfung der Militärvorlage zum zweiten Male auf- zulösen, daß aber ein solches Vorgehen gegen den Geist der Reichs- verfassung verstoße, weil die Auflösung den Charakter einer Verur- theilung an die Wähler trage und die Wiederholung dieser Waggel einen Verlust gegen den Sap: „no bis in idem“ enthalten würde. Dieser Bericht, die Verfassung zum Nachtheil der Regierungsgewalt ausulegen, verdient entschieden Zurückweisung; die Bestimmung des Artikels 24 der Reichsverfassung ist an sich klar, sie heißt das Recht der Auflösung an das Erfordernis eines Verhältnisses des Bundesathes und die Zustimmung des Kaisers, kennt aber selbst keinerlei Beschränkung. Die Auslegung, daß damit nur „formelles“ Recht geschaffen werde und der Geist der Verfassung der Regierung Schranken auferlege, welche der klare Wortlaut nicht vor- sieht, ist juristisch unhaltbar und im concreten Falle um so ver- fehrter, weil am allerwenigsten bei einer militärischen Frage es Absicht der Reichsverfassung gewesen sein kann, dem Letzten des Reichstages den Charakter eines Urtheils letzter Instanz beizulegen, dem die Regierung sich unweigerlich zu fügen hätte. Die Verfassung endlich auf den historisch-ethischen Grundh: „no bis in idem“ ist völlig unverständlich. Die Regierung wird überhies die Verfassung gewissenhaft befolgen, aber auch jedem Versuch entgegen- zutreten, der dahin geht, die verfassungsmäßigen Rechte und Ge- walten zu ihren Ungunsten zu verziehen.

Berlin. Dieser Tage ergeht hier eine Schrift des Ober- leutnants Kroyer über die Beeinträchtigung in Deutschland seit dem Tiller Frieden. Darin wird über die Entstehung der Militär- vorlage u. A. mitgetheilt: Nach den Lehren von 1890 (im Reichstage) wurden maßgebenden Ories von dem Verdrlichen Prozeß, welches Fürst Bismarck seiner Zeit aufgegeben hatte, An- stand genommen, fortwährend jedoch nach etwas Anderem ge- sündigt; namentlich wurden im Hinblick auf die Windstöße der Resolu- tionen auf Grund einer Kaiserl. Verfügung vom 16. Mai 1891, welche die nach dem Fortschrittwechsel im preussischen Kriegsminister- tum — General v. Rittenborn-Stachen war an die Stelle des Generals v. Bredin getreten — sellensgelesenen Arbeiten wieder anzufangenen und Vorzüge über die einjährige Dienstzeit zu machen befohl, bezüglich der Letzteren praktische Verände ange- stellt. Nachdem diese Verände ein günstiges Resultat ergeben hatten, legten die Regierungen am 22. November 1892 den Entwurf eines Gesetzes betr. die Kriegsprüfung des deutschen Heeres vor. — Der „Post“ wird aus Petersburg gemeldet: Den Erlässungen des Großkains in den Delegationen wird hier die Bedeutung der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Oesterreich-Ungarn beigemessen. Die Erlässe sind um so mehr be- merkt worden, als es für die hiesige politische Kritik kein Geheimnis war, daß der Besuch Stambol's in Wien eine Bestimmung aus- gelassen herbeigeführt hatte und auch in dem Interesse des Wiener Reiches seitens des Großfürsten Wladimir seinerzeit zum Ausbruch kam. Zum Nachlassen der Spannung zwischen den An- bination von Petersburg und Wien hat wohl das Verhalten Deutsch- lands beigetragen, welches es erreicht, daß der bereits geplante Besuch des Prinzen Ferdinand in Konstantinopel unterbleibt.

Berlin. Die „Allg. Ztg.“ erzählt die Nachricht der „Dollu News“, der Kaiser habe eine Einladung zur Beieinahme an der Hochzeit des Herzogs von York angenommen, für unrichtig. Der Kaiser denke nicht daran, in diesen für die weitere Zukunft des Deutschen Reiches entscheidenden Tagen Deutschland zu verlassen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß wenn der Kaiser nicht nach England komme, Prinz Heinrich ihn bei der Hochzeit vertreten werde. — Prinz Albrecht von Großbritannien, Leutnant im ersten Garderegiment zu Fuß, ist seit 14 Tagen am Schutach erkrankt, doch wegen er auch die Potsdamer Parade nicht mitmachen konnte, doch geht sein Zustand zu weiterer Besserung Anseh. Er hält sich in Krankelager in seiner Wohnung ab. — Der Correttenkorpschef ist als Marineattaché zu deutschen Botschaft in London kommandirt — Der Buchhalter Bent von der hamburischen Auto- matenfabrik wurde heute wegen Unterbrechung von 2100 M. anvertraut Gelder zu 3 Wochen Gefängnis und 5 Jahren Ehrenverlust verurtheilt. — Die Ausführungen des Vaters- schiffes im Circus Rus zum Festen der Kaiserl. Friedrich-Gedäch- nistage sind überaus schön bedacht. Ein Besuch des Ories ist in Aussicht gestellt.

Berlin. Die „Beitd. Allg. Ztg.“ in Köln veröffentlicht einen Gesammtbericht, der Anfang d. J. von drei süddeutschen und württembergischen Brennereibesitzer ausgebetet und dem Reichstagsrat wie dem Bundesrathe unterbreitet worden ist. Der Reichstagsrat habe die Vorschläge, wie das Wort aus guter Quelle erfahren haben will, Berücksichtigung gefunden und werde zweifelslos dem Reichstag im Falle der Annahme der Militärvorlage zuwachen. Nach diesem Entwurf soll aller für das Inland zu Trinf- und sonstigen Zwecken des Verbrauches bereitgestellter Branntwein gegen Entrichtung der Ertrahungskosten der Reichsverwaltung gehören. Der zu Trinf- und sonstigen Zwecken des Verbrauches für das Ausland herzustellende Branntwein soll seiner Menge nach von der Reichsverwaltung all- jährlich festgesetzt werden. Die Menge soll auf die vorhandenen Brennereien nach Abgabe der Contingente vertheilt werden, welche dieselben vor Füll dieses Geieges gehabt haben. Form- und Oblisbranntwein soll als Qualitätsbranntwein vom Monopol ausgenommen und nur mit einer Verbrauchsdahgabe belegt werden. Der auf Rechnung der Reichsverwaltung hergestellte Branntwein wird gereinigt und den Herstellern von Reinbranntwein zu einem Preis, welcher gleich ist den veranschlagten Ertrahungs- und Reini- gungskosten, zuzüglich des von der Reichsverwaltung gemachten Zu- schlags überlassen. Die Bestimmung über die Höhe des Zuschlags ist offen gehalten. Eine Sachverständigenkommission soll von 5 in 5 Jahren den Preis für das Äter reinen Alkohol, welchen die Reichsverwaltung den Brennereien zu zahlen hat, durch Vergleichs- prüfung festsetzen.

Leipzig. Der Vorstand des Bundes der Landwirthe sagt sich öffentlich vom dem Kandidaten der Conservern und Wä-

Pfund's (Kontinente) Sinderwirth. - Dresden
 Brecher Mollerei Gebr. Pfund, Bahnhöfstr. 79.

thode Ver-
 eiben
 elbad
 Lebe-
 ellen,
 r die
 Medie-
 als
 Heil-
 des
 mfren
 reintes
 S=
 h.
 at, von
 emdand,
 e Kobert-
 mitbildeten
 von gut-
 Verthei-
 Beuntheit,
 Brieche in
 r „Ghr-
 asen-“
 (H.-G.),
 II!
 Kaufmann
 dt die Be-
 im Alter
 n machen
 einholung,
 S. 764
 Dresden.
 s-
 h.
 10 Jahre,
 genud, in
 sich, An-
 eintrag.
 Lebens-
 uen-
 20 Jahr in
 u. geand,
 an No-
 Nr. 103
 einfacher,
 Beantwort-
 anten von
 Bekant-
 im Alter
 ung
 schlich-
 Charakter
 rauen ab.
 Anbahnung
 it, durch
 schatten u.
 ehen zu
 nach zu
 selbstige
 u. heißt,
 trinitie bei
 Disfiction
 . C. 086
 ul Selbst
 ulg Aut-
 d. Agent,
 lfigt.
 ches
 liches
 nt,
 andung
 etc der
 it wegen
 is bittig.
 feu.
 u bis zum
 K. 100
 niedersait.
 aloge
 rn
 Fabrik
 Dresden
 us-
 hochzeiten
 wagen
 r. 17, 3. Ct. u.